

**\* \* \* \* Fragen der Liste Solidarität: \* \* \* \***

- Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Abfederung der auch in Rüsselsheim zunehmenden Armut und insbesondere der Kinderarmut vor?
- Wie stehen Sie zum Vorschlag der Liste Solidarität, als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen um die finanzielle Lage Rüsselsheims zu verbessern?
- Wie wollen Sie die Senkung bzw. Abschaffung der Kita-Gebühren finanzieren?
- Ist es Ihr Ziel weitere Bereiche der Stadtverwaltung umzugründen und wenn ja welche?
- Wo sehen Sie die Chance, bei der Stadt selbst neue Arbeitsplätze zu schaffen?
- Seit über 10 Jahren ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels in Rüsselsheim ungelöst. Welche Initiativen planen Sie, damit alle Jugendlichen, die dies wollen eine Berufsausbildung erhalten?
- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig zu verbessern? Wie schätzen Sie die Politik Ihrer Partei im Hinblick auf eine Gemeindefinanzreform ein?
- Was halten Sie von der Idee einer der Städte Tunceli (Dersim) oder Nador zur Partnerstadt Rüsselsheims zu machen? Würden Sie sich dafür einsetzen ?

## **1. Welche Maßnahmen schlage Sie zur Abfederung der auch in Rüsselsheim zunehmenden Armut und insbesondere der Kinderarmut vor?**

Der Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim ist nicht der Heilsbringer der Nation. Wir müssen anerkennen, dass die Arbeitsmarktprobleme durch die allgemeine konjunkturelle Lage und der Globalisierung auch in Rüsselsheim angekommen sind. Die Bevölkerung hat an Politiker eine hohe Erwartungshaltung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Vielen ist nicht bewusst, dass inzwischen andere hier das Sagen haben. Die Zeiten in denen Politiker Blühende Landschaften versprechen können sind vorbei. Oberste Aufgabe des Oberbürgermeisters muss also sein, den Status quo anzuerkennen und im Rahmen seiner Möglichkeiten die Stadt zu gestalten. Zur Anerkennung des Status quo gehört auch die Feststellung, dass es in Rüsselsheim Armut und Kinderarmut gibt.

Über Armut und Kinderarmut kann allerdings nur spekuliert werden, da noch kein Bericht für diese Rüsselsheimer Problemlagen vorliegt. Die Erstellung ist die erste Maßnahme.

Deutliche Ausprägungen für die Spürbarkeit dieses Problems werden allerdings auch schon deutlich, wenn man die Ausgabenseite betrachtet, die die Stadtverordnetenversammlung für die Hilfen zur Erziehung ausgibt.

Auch hier herrscht auf Seiten der Verwaltung eine nichthinnehmbare Konzeptionslosigkeit. Meine Vorschläge sind folgende

- besseres nachbarschaftliches Verhältnis, durch kulturelle Aktivitäten
- jede Familie, deren Kind von Heimunterbringung kann ein Familienhelfer zur Seite gestellt werden. Die Personalkosten sind genauso hoch, wie der Heimplatz, der die Familien auseinander reißt.
- Aufwertung des Ganztagsangebots durch eine bessere Vernetzung mit dem Stadtgebiet
- Aufwertung der Schuldnerberatung (Handy wird zur Schuldenfalle)
- Herstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem

## **2. Wie stehen Sie zum Vorschlag der Liste Solidarität, als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen um die finanzielle Lage Rüsselsheims zu verbessern**

Den Antrag der Liste Solidarität habe ich in mein Wahlprogramm übernommen und bei den zahlreichen Gesprächen im Wahlkampf auf die Urhebererschaft hingewiesen. Wir leben in einem Gebiet mit einer sehr hohen Arbeitsdichte. Es ist ungewiss, wie lange es noch die Gewerbesteuer gibt. Daher ist es wichtig, auf Wohnbebauung zu setzen.

## **3. Wie wollen Sie die Senkung der Kitagebühren finanzieren?**

Ich habe nicht vor, die Kitagebühren zu senken. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung. Eine generelle Senkung bevorzugt Eltern mit hohem Einkommen. Der Zugang zur Kindertagesstätte ist für alle Eltern mit den verschiedensten Gehaltsstufen gewährleisten.

Da die Rüsselsheimer Kitas in Stadtteilen mit verschiedenen Bevölkerungsstrukturen liegen, brauchen wir unterschiedliche Programme. Wir können nicht eine zentrale Schablone über die

Rüsselsheimer Kitalandschaft legen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Kitas ihr eigenes Profil gemeinsam entwickeln um den Problemlagen vor Ort gerecht zu werden.

Die Formel heißt Partizipation. In den letzten Jahren ist das Handbuch in einer gemeinsamen Arbeit mit Verwaltung, ErzieherInnen und Eltern entstanden. Es ist ein Rätsel, warum dieses für die Kitalandschaft so wichtiges Werk in der berühmten Schublade verstaubte. Hier sind die Qualitäten fest gelegt, die gelten sollten. Für mich ist dieses Buch die geltende Bildungsvereinbarung, die mit Eintritt in die Kitaerziehung von Eltern, ErzieherInnen, Politik und Verwaltung unterschrieben werden muss. Nach einem Jahr ist dann zu evaluieren, ob die Bildungsvereinbarung eingehalten wird.

Was wir also brauchen ist vor allem Verlässlichkeit, denn Eltern geben naturgemäß ihre Kinder nur ungern in fremde Hände. Allerdings erfordert es die derzeitige konjunkturelle Lage. Erst wenn wir uns über die Qualitäten verständigt haben, können wir an die Gebührenschaube lockern. Die Senkung der Gebühren basiert nicht auf dem Vorschlag des Elternbeirats sondern ist ein Wahlversprechen der Koalition. Für mich macht ein solcher Beschluss zur derzeitigen Zeit keinen Sinn, da noch nicht klar ist, wo das Geld an anderer Stelle eingespart werden soll.

Bevor wir 30% billiger werden, müssen wir 30% besser werden. Ich schließe mich den ErzieherInnen an, die auf dem Kitatag gesagt haben, wir brauchen vor allem Geduld, Zeit und Wärme.

#### **4. Ist es ihr Ziel weitere Bereiche der Stadtverwaltung umzugründen und wenn ja welche?**

Beispiel Bäderbereich: Es existiert ein Antrag auf Betriebsformänderung im Bereich der städtischen Bäder. Ich bin bereit mich für den Erhalt und Verbleib der Bäder bei der Stadtverwaltung einzusetzen, wenn Wirtschaftlichkeit nicht über Schließzeiten definiert wird. Die Benutzer dürfen nicht ausgeschlossen werden, sie wollen, sollen und müssen schwimmen. Nur ein geöffnetes Bad garantiert Eintrittseinnahmen.

Generell gilt: Dort, wo Verwaltung effizient und qualitativ hochwertig arbeitet besteht kein Reformdruck.

In dieser Sitzungsrunde habe ich den Antrag zum Stadttheater mit folgendem Text eingereicht:

Die Betriebsform des Stadttheaters wird überprüft. Das beinhaltet sowohl die Überführung in einen Eigenbetrieb als auch der Verbleib in den jetzigen Strukturen, inklusive eines Konzeptes zur künstlerischen Ausrichtung mit Ansiedlung eines Jugend- und Laiensembles unter professioneller Führung.

Begründung:

In den Beschlüssen der Drucksache 142 hat sich gezeigt, dass aus fachlicher Sicht Korrekturen nötig sind. Eine Prüfung der Betriebsform muss deshalb auch die jetzige Organisationsform beinhalten. Weiter macht die Überprüfung nur dann Sinn, wenn ein Konzept für die inhaltliche Ausrichtung vorhanden ist.

## **5. Wo sehen sie die Chance, bei der Stadt selbst neue Arbeitsplätze zu schaffen?**

Die Kosten für die Hilfe zur Erziehung steigen ins Uferlose und belasten den städtischen Haushalt über die Maße hinaus. In meiner parlamentarischen Tätigkeit wurde ich nicht müde, dies immer wieder zum Thema zu machen. Daher ist es unablässig, dass das Jugendamt vor Ort ist und entsprechend ausgestattet ist, damit die Heimeinweisung der letzte Schritt ist. Eine funktionierende Präventionsarbeit und ein funktionierendes Netz von Hilfeeinrichtungen ist unablässig. Eine zuverlässige Jugendhilfe ist nur über das Vorhalten von Personal zu gewährleisten. Mir fehlt der politische Wille hier Alternativen zum bestehenden System aufzuzeigen. Ein Mehr an Personal heißt ein Weniger an Fällen. Das Etablieren von Familienbetreuern und das Akquirieren von Pflegefamilien ist arbeits- und betreuungsintensiv. Durch eine gezielte Prävention, die auch personalintensiv ist, können wir den städtischen Haushalt sogar entlasten. Ein ausgedünntes Jugendamt provoziert Heimerziehung.

Die Nachfrage nach ästhetischer und ethischer Erziehung, nach Kunst und Wissenschaft, nach Kultur wird zunehmend größer. Rüsselsheimer Kulturpolitik hat den Auftrag, dem Leben der Bewohner eine moralisch und ästhetisch tragfähige Kontur zu geben, denn in Gesellschaft und Ökonomie des 21. Jahrhunderts wird sich der Mensch nur dann behaupten können, wenn er über mehr verfügt als ökonomisch unmittelbar verwertbares Spezialwissen. Meine Kulturpolitik dient auch der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt. Ich werde daher den Ausbau des Rüsselsheimer Kulturlebens in den Vordergrund meiner Arbeit rücken.

Kulturelles Leben braucht anziehende und bereichernde Orte. Ich werde daher für eine Zusammenführung der Festung, der Opel-Villen, des Palais Verna, des Stadtparks, des Schäfergassenviertels, des Kulturzentrums "das Rind" sowie das Mainvorland zu einer Kulturmeile "Achse der Muse" sorgen, in der vielfältige kulturelle und künstlerische Aktivitäten angeboten werden.

Die Förderung des Jazz ist eine der Stärken dieser Stadt. Diese gehört ausgebaut. Ich werde deshalb den Auszug des Ordnungsamtes aus dem Palais Verna veranlassen und dort die Musikschule ansiedeln, die mit einem Konservatorium für Jazz- und Populärmusik ergänzt wird.

Sie werden wissen, dass ich ein Kenner der Musikschule bin. Deshalb habe ich ein solches Vertrauen in die Leitung und MitarbeiterInnen, dass hier der Ort in der Verwaltung ist, in dem noch Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit der Einbindung in die "Achse der Muse" stehen in nächster Umgebung viele Probestadien zur Verfügung, die so miteinander vernetzt werden. Allein durch die bereichernde Lage wird die Musikschule zu einem wichtigen Anziehungspunkt.

Es muss sicher gestellt sein, dass die Bezahlbarkeit der Kurse kein Ausschlusskriterium sein kann. Deshalb müssen Gebühren sozial gestaffelt sein. Das Ende der Gebührenschaube ist erreicht.

Die Zeiten, in denen die Ordnungsbehörde im schönsten Gebäude der Stadt residierten, sind außerhalb Rüsselsheims schon längst vorbei. Hier haben wir Nachholbedarf. Das Ordnungsamt wird in ein Stadtbüro in der zentralen städtischen Mitte überführt. Auch das Ordnungsamt sowie die MitarbeiterInnen erfahren somit einen Bedeutungszuwachs.

## **6. Seit über 10 Jahren ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels in Rüsselsheim ungelöst. Welche Initiativen planen Sie, damit alle Jugendlichen, die dies wollen eine Berufsausbildung erhalten?**

Diese Diskussion ist vielschichtig.

### **1. Bildung**

Bildung ist in einer Wissensgesellschaft der entscheidende Rohstoff. Deshalb ist es auch Aufgabe der Kommune, für ein Schulangebot zu sorgen, in dem Kinder und Jugendliche gerne lernen und in dem Eltern, Lehrer und Schüler vertrauensvoll zusammenarbeiten. Schüler, Lehrer, Eltern und Großeltern brauchen ein gefestigtes Vertrauen in Rüsselsheimer Bildungseinrichtungen. Um eine stärkere Akzeptanz des Bildungssystems zu erlangen, müssen wir Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten. Es hilft nicht weiter, wenn Schüler auf Lehrer schimpfen, wenn Lehrer auf Eltern schimpfen, wenn die Wirtschaft auf Lehrer und die Schüler schimpft, wenn Großeltern sagen, früher war alles besser. Wir alle müssen daran arbeiten, Vertrauen herzustellen. Und eine aufgeklärte und emanzipierte Schülerschaft zu haben, die alle Schlüsselqualifikationen besitzt, damit der Eintritt in die Ausbildung gewährleistet ist. Dafür muss sich folgendes verändern:

#### Schulinnovation

Rüsselsheim braucht innovative Schulen, in der neue pädagogische Konzepte gelehrt werden. Der Haushaltstitel "Öffnung von Schulen" gehört aufgestockt. Mit diesem Geld sollen die Schulen in die Lage versetzt werden, sich den Rüsselsheimer Vereinen und Stadtteilen zu öffnen und deren Angebote und Kompetenzen in den Schulalltag zu integrieren. Kultur- und Sportamt werden beauftragt, die Angebote der Vereine mit den Bedürfnissen der Schulen zu harmonisieren.

#### Autonomie

Schulen muss Autonomie zugemutet werden, um das Erkenntnispotential der Lehrkräfte zu mobilisieren. Sie sind aufgefordert, einen Ideen- und Handlungsentwurf ihrer eigenen Schule zu entwickeln. Die Unterrichtsformen sollen so gestaltet sein, dass die Schüler ihre Person, ihr Können, ihr Handeln, ihre Leiblichkeit als Zusammenhang erleben können.

Um die Innovationsprojekte finanzieren zu können schlage ich die einprozentige Bildungsdividende vor.

### **2. Jugendpflege**

Durch einen Besuch im Jugendhaus Dicker Busch konnte ich mir selbst ein Bild von der erfolgreichen Arbeit der MitarbeiterInnen der Jugendpflege machen. Das Berufsbild des Jugendpflegers hat sich durch Ausbildungs- und Lehrstellenmangel in den letzten Jahren verschoben. Durch die gute Ausstattung mit Technik und Personal ist die Jugendpflege der Stadt Rüsselsheim in der Lage, diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Es ist nicht meine Meinung, an diesen Zuständen etwas zu verändern, denn nur so ist der Betrieb gewährleistet. Durch die Personalausstattung ist die Belegschaft in der Lage, Netzwerke mit anderen Hilfeinrichtungen einzugehen und sich dem Stadtteil zu öffnen. Sie erfährt dadurch eine größere Akzeptanz und kann beispielhaft auf die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen eingehen.

### 3. Ausbildung

Es gibt viele von der Agentur für Arbeit gelenkte Maßnahmen, für Jugendliche, die aus verschiedensten Gründen keinen Ausbildungsplatz finden. Eine mögliche Zusammenführung dieser kostenintensiven Maßnahmen kann die Produktionsschule sein, die auch Bestandteil einer Veranstaltung im Rahmen meiner Kandidatur gewesen ist.

### 4. Wirtschaftsförderung

Damit die Stadt Rüsselsheim Anreize geben kann, damit Betriebe in Rüsselsheim verstärkt Ausbildungsplätze anbieten, habe ich folgende Initiative gestartet:

#### Positivliste –

eine Initiative von Christian Vogt zur Förderung des betrieblichen Gemeinwesenengagements

Meine Arbeit ist geprägt von dem Gedanken, das kommunale Gemeinwesen aufzuwerten. Das ist als Kernaufgabe der Wirtschaftsförderung, dem Stadtmarketing im Zusammenspiel mit dem Sport- und Kulturamt zu begreifen. Die Stadt Rüsselsheim ist damit aufgefordert, Unternehmen, die sich für das Gemeinwohl engagieren, im Besonderen zu belobigen und als gutes Beispiel herauszuheben.

Um dieses Ziel zu verfolgen initiierte Christian Vogt in der vergangenen Woche eine Positivliste, damit die Rüsselsheimer Kundschaft eine Wahlmöglichkeit bekommt, das Unternehmen zu fördern, das Rüsselsheim fördert.

Zur Erstellung der Positivliste, die nun für die Rüsselsheim typischen Branchen Schuhhäuser, Bäckereien, Optiker, Reisebüros und Kebabhäuser vorliegt, wurden den Betrieben drei Fragen gestellt:

- Bilden Sie aus?
- betreiben Sie Kultursponsoring ?
- betreiben Sie Sportsponsoring ?

Mit der Veröffentlichung der Positivliste, kann der Kunde mit den Füßen entscheiden, ob er beispielsweise seine Reisebürobuchung in einem Rüsselsheimer Reisebüro tätigt, das ausbildet und wertvolle Vereinsarbeit unterstützt, oder eine Internetbuchung vornimmt, wo nicht klar ist, in welche Hände das Geld fließt und ob es dort gut angelegt ist.

Die Liste, die in Zukunft vom Stadtmarketing betreut werden soll ist noch zu erweitern und mit Belegen zu versehen. Sie kann in allen der Stadt zur Verfügung stehenden Medien, wie Internetseite, Feuertorn, Trendmagazin, M55 oder auch in der örtlichen Presse veröffentlicht werden.

Mit der Positivliste erfüllt Christian Vogt die Bitte der Geschäftsführung “Kulturkreis der deutschen Wirtschaft der BDI e.V.” und der Wirtschaftsinitiative Rhein Main, die im Rahmen der Vorstellung des 2. hessischen Kulturwirtschaftsberichts geäußert wurde:

**“Wir wissen heute, dass es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, Kultur- und (Sport)aufgaben aus einer Quelle zu finanzieren. Weder die öffentliche Hand noch eine andere Finanzierungsform allein wird ausreichen, um die anfallenden Kosten der öffentlichen und gemeinnützigen Kulturinstitutionen decken zu können. Stattdessen müssen künftig mehrere Finanzierungsquellen miteinander verbunden werden, um eine den Aufgaben angemessene und effiziente Finanzierung zu ermöglichen. Und es müssen**

**mehrere Akteure miteinander verbunden werden, neben den staatlichen und privaten Geldgebern unter anderem die Nutzer, d.h. es müssen auch Strukturen und Organisationsformen angepasst werden. Es gibt keine Regel, wie die Relationen und Strukturen auszusehen haben; ein Gebot gilt jedoch auf jeden Fall: die Finanzierung muss öffentlich und transparent dargestellt werden und die Entscheidungsprozesse müssen nachvollziehbar sein.”**

Der kommunale Raum ist die Keimzelle der Nation. Wir müssen hier versuchen, das Gemeinwesen auszubauen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt identifizieren. Rüsselsheim braucht ein geschäfts- und kundenfreundliches Klima. Dazu gehört, dass alle Akteure zusammen arbeiten und vernetzt werden. In diesem Falle Verwaltung, Geschäfte/Betriebe, Sport- und Kulturtreibende und Kunden. Wir müssen dafür eine Form von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing finden, die nicht nur für die Wirtschaft da ist, sondern einen Impuls an alle in Rüsselsheim lebende Personen bietet. Zufriedenheit der Bevölkerung ist die beste Werbung für den Standort Rüsselsheim.

Die Wirtschaftsförderung braucht neue Impulse. Diese müssen nicht teuer sein - wie die Positivliste beweist – aber einen Effekt für das Zusammenleben bieten. Die Aktion kann mit einer Auszeichnung von in diesem Sinn vorbildlich arbeitender Betriebe ausgeweitet werden.

## **7. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor um die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig zu verbessern? Wie schätzen Sie die Politik Ihrer Partei im Hinblick auf eine Gemeindefinanzreform?**

Überflugsteuer! Außerdem hat mein Wirtschaftsrat folgende Empfehlungen vorgelegt:

### **1. Gewerbeansiedlung**

Die Verlagerung der Mittelklasse nach Rüsselsheim birgt ein großes Potential für Zulieferbetriebe welche ein Grundstück in unmittelbarer Nähe zum Produktionsstandort Rüsselsheim suchen. Aufgrund der logistischen Anforderungen, die Automobilkonzerne an ihre Zulieferer stellen, ist es für die Zulieferer mittlerweile unerlässlich, dass sie sich in unmittelbarer Nähe zur Produktion befinden. Die vorherrschenden Logistikkonzepte haben alle die Idee der “just in time” oder “just in sequence” Belieferung zu Grunde liegen. Dabei ist es von größter Wichtigkeit, dass sich die Zulieferer so nahe wie möglich an der Produktion ansiedeln, da sie den flexiblen Lieferzeiten und Lagerhaltungsaufgaben nur so termingerecht nachkommen können.

Rüsselsheim ist Opelstadt. Die Stadt hat jahrzehntelang vom Standort Rüsselsheim profitiert, monetär und nicht-monetär. Sie kann dies auch heute noch, jedoch durch indirekte Einnahmen. Hierfür ist eine aktive Anwerbung von Zulieferbetrieben nötig.

Die Verlagerung der Mittelklasse heißt einen Zugewinn an zu fertigenden Modellen für Opel Rüsselsheim. Dies wiederum bedeutet, dass auch zahlreiche Zulieferer ihre Standorte näher an die Produktion verlagern müssen und somit ein erhöhter Bedarf an Baugrundstücken besteht. Die Stadt muss Hand in Hand mit der Adam Opel AG arbeiten, um eine Ansiedlung von Zulieferbetrieben sicherzustellen. Im Gewerbegebiet “Blauer See” stehen seit Jahren die richtigen Gewerbeflächen bereit. Das fehlende Konzept zur wirtschaftlichen Belebung muss endlich geschaffen werden. Ziel muss es sein einen Raum zu schaffen, der es Zulieferbetrieben erlaubt, nach ihren Bedürfnissen zu bauen, d.h. es muss geprüft werden, ob es Hemmfaktoren gibt, die eine bisherige Ansiedlung verhindert haben und ob diese von Seiten der Stadt behebbar sind. BMW und Porsche haben in Ostdeutschland gezeigt, dass der Aufbau einer Produktion bzw. Fertigung ein belebendes Element für die gesamte Wirtschaftsregion darstellt. Somit ist die Entscheidung von GM, die Mittelklasse in

Rüsselsheim zu produzieren weit mehr als eine Standortsicherung, es ist eine Chance in Rüsselsheim nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen und durch den Verkauf von Grundstücken den Haushalt zu entlasten.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass Unternehmen zu einem Gemeinden mit niedrigeren Steuersätzen auswählen, aber auch verstärkt auf weiche Standortfaktoren achten. Rüsselsheim muss die Eintrittsbarriere für die Neuansiedlung von Unternehmen so gering wie möglich gestalten. Um jedoch eine deutliche Differenzierung zu anderen Gemeinden zu erlangen, welche ebenfalls aktiv um die Neuansiedlung von Unternehmen werben, ist es unerlässlich die weichen Standortfaktoren in die Außendarstellung mit einzubinden. Alleine über den Steuersatz wird dies nicht gelingen. Deshalb muss Rüsselsheim als ganzes für eine aktive Wirtschaftspolitik stehen. Rüsselsheim muss sich als facettenreicher, urbaner Lebens- und Arbeitsraum präsentieren. Hierzu gehört ein umfangreiches Kultur- und Bildungsprogramm welches die Stadt auch für Menschen attraktiv macht, die über ihre Arbeit hinaus einen Ort suchen, an dem sie ihre Freizeit verbringen können. Hierzu gehört ebenfalls ein entsprechender Ausbau eines verlässlichen Betreuungsangebots für Kinder und der älteren Generation.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen muss in Zusammenarbeit mit der Adam Opel AG zeitnah angegangen werden, da hier aufgrund der strategischen Neuausrichtung des Automobilkonzerns ein enormes Potential vorhanden ist.

## **2. Internationalität**

Rüsselsheim ist Einwandererstadt, dies gilt es als Chance zu nutzen und nicht zu verteuern. Es muss eine Kooperation zwischen Rüsselsheim und den Regionen, aus denen die Einwanderer stammen, geschaffen werden, welche sich aktiv um die Ansiedlung von ausländischem Gewerbe bemüht.

Von der CDU auf Bundesebene schändlich missbraucht, stellt die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU, somit auch Deutschlands mit der Türkei eine Chance für Rüsselsheim dar. Fälschlicherweise wird davon ausgegangen, dass die EU und die Türkei zwei völlig voneinander unabhängige Wirtschaftsräume sind: Dieser Behauptung ist unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden zu widersprechen. Eine privilegierte Partnerschaft, wie sie von der CDU gefordert wird, existiert bereits seit vielen Jahren, so haben EU und Türkei bereits einen gemeinsamen Außenzoll und weitreichende wirtschaftliche Abkommen. Dies gilt es zu nutzen. Gerade aus der Türkei drängen Unternehmen auf den deutschen Markt, Rüsselsheim hat durch seine heterogene Bevölkerungsstruktur eine Vielzahl an Personen, die beste Kontakte in ihre Heimatländer unterhalten, warum werden diese nicht genutzt? Warum wird nicht aktiver mit der türkischen Außenhandelskammer zusammengearbeitet?

Rüsselsheim kann es sich nicht länger leisten gerade im Bildungssektor den Schatz der Internationalität verschlossen zu lassen. Der Wirtschaftsrat fordert daher, dass die Sprachen der Einwanderer als Schulfächer zugelassen werden.

## **3. Stadtmarketing**

Das Stadtbild leitet sich zu großen Teilen aus dem Erscheinungsbild der Innenstadt ab, sie ist die Visitenkarte und das Aushängeschild einer Stadt. Warum werden hier nur punktuelle Marketingmaßnahmen durchgeführt? Ein einheitliches, strategisches Konzept fehlt.

Die Eventisierung durch Aktionen des Treffpunkt Innenstadt e.V., wie Rote Teppiche und Konzerte auf dem Löwenplatz sind nur punktuelle Maßnahmen. Die Stadt besteht nicht nur



aus dem Löwenplatz. Eine Fokussierung auf diesen Platz ist zu kurz gegriffen, wenn das Ziel heißt eine gesamte Innenstadt wieder zu beleben.

Was fehlt ist ein Konzept, das Verkehrsberuhigung, kulturelle Bespielung der Innenstadt und gezielte Ansiedlungspolitik sinnvoll miteinander Verknüpft. Bisher stehen diese Maßnahmen eher in Konkurrenz, jedoch ist nur bei einer Verbindung dieser Maßnahmen eine Wiederbelebung der Innenstadt möglich. Der Etat der Wirtschaftsförderung ist in langfristige und zukunftsorientierte Projekte zu investieren.

Nächste Frage, Gemeindefinanzreform:

Da ich keiner Partei angehöre, kann ich die Frage nicht beantworten.

## **8. Christian Vogt nimmt Stellung zu den Vorstellungen der Liste Solidarität, die Walter – Flex – Str. umzubenennen**

Ohne Frage hat die Stellungnahme der Liste Solidarität vom 2.6. einen wahren Kern: als Verfechter von Demokratie kann Walter Flex sicherlich nicht gesehen werden. Seine gesellschaftliche These, nach der das Individuum, welches sich den Normen der Allgemeinheit nicht unterordnet, moralisch und physisch scheitern wird, gepaart mit seiner ästhetischen Idealisierung des Krieges und ausgeprägtem Nationalismus, machten ihn zu einem Vordenker des nationalsozialistischen Staates.

Ebenfalls nur zustimmen kann Vogt der Aufforderung, den Jahrestag des 2. Weltkriegs als Anlass zum “Nachdenken, Innehalten und Erinnern” zu nutzen. Doch eben aus diesem Grunde, erscheint die Strategie sehr fraglich, Straßennamen von zweifelhaften Persönlichkeiten einfach abzuschaffen. “Fördert man so nicht gerade den Eindruck, den linksgerichtete Gruppierungen wie der Jugendverband Soli - der im Februar dieses Jahres ähnlichen Antrag in Oberhausen stellte – anprangert, nämlich dass das 3. Reich ein “Betriebsunfall” war?”

Oberbürgermeisterkandidat Vogt ist der Auffassung, dass Straßennamen nicht nur als “Ehrerweisung” gesehen werden sollten, sondern auch als Anstoß zur Debatte dienen können. Der Nationalsozialismus ist natürlich nicht “vom Himmel gefallen”. Gerade deswegen sollte man Namen, die mit der Entstehung des nationalsozialistischen Denkens in Verbindung gebracht werden, nicht aus dem öffentlichen Leben verbannen. Vielmehr muss man sie integrieren, um so die Erinnerungen und kritischen Auseinandersetzungen mit der Ideologie und vor allem den Gründen für das Aufkommen eines solchen Regimes wach zu halten und zu fördern. Gerade Walter Flex, der mit inniger Hingabe von Volk, Vaterland und Krieg schwärmt und somit einer der Vorreiter für die Jugendbewegungen war, die den Nihilismus zu überwinden versuchte, indem sie sich den Nationalismus zur Ersatzreligion stilisierte, könnte lehrreiche Einblicke in die Denkweise der nationalistischen Bevölkerung geben.

Vogt regt deshalb an, dass Schülerinnen und Schüler in einem Projekt die Ideologie von Flex recherchieren. Im Anschluss kann das Straßenschild mit einer Hinweistafel versehen werden, damit eine kritische Auseinandersetzung stattfinden kann.

**\* \* \* \* Fragen Liste Solidarität - Antworten Stefan Gielowski \* \* \* \***

**Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Abfederung der auch in Rüsselsheim zunehmenden Armut und insbesondere der Kinderarmut vor?**

Arbeitsplätze sind die wesentliche Voraussetzung für die materielle Grundversorgung einer jeden Familie und eines Jeden Einzelnen. Einer meiner zentralen Arbeitsschwerpunkte ist die Wirtschaftsförderung sowie der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wichtige flankierende Maßnahme für die Berufstätigkeit von Eltern sind die Betreuungsangebote in den Schulen, die eine starke Unterstützung für alle Kinder und Eltern bedeuten. Seit meinem Amtsantritt im Jahr 2000 hat sich die Kapazität des städtischen Betreuungsangebotes außerhalb der Unterrichtszeit von 700 Kinder auf über 1200 Kinder im Frühjahr 2006 erhöht und wird nach meiner Planung zukünftig noch weiter ausgebaut.

Die Einrichtung von Angeboten wie Schulsozialarbeit, Ganztags- und Betreuungsschulen und eine enge Verzahnung von Jugendhilfe, Kindertagesstätten, außerschulischen Bildungsträgern und Schule soll möglichst frühzeitig sicherstellen, dass die Teilnahme an Bildung und Erziehung und die Erlangung eines Schulabschlusses gewährleistet ist.

**Wie stehen Sie zum Vorschlag der Liste Solidarität, als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen um die finanzielle Lage Rüsselsheims zu verbessern.**

Weitere Wohnbauflächen binden Einwohner an unsere Stadt, Dies gilt sowohl für die, die hier schon wohnen und sich verändern wollen. Dies gilt aber auch für die, die wir als Neubürger gewinnen wollen. Dies stärkt die Finanz- und Kaufkraft in Rüsselsheim. Gewerbeflächen und angesiedelte Unternehmen sichern oder ergänzen Beschäftigung in Rüsselsheim und tragen ebenfalls zu einer Stärkung der städtischen Finanzkraft bei. Deshalb benötigen wir sowohl Flächen für Gewerbegebiete als auch Flächen für Wohnbebauung,

Der Bedarf für eine künftige Wohnbebauung wurde in der Studie "Wohnen 2015" nachgewiesen. Die notwendigen Änderungsvorschläge zum Flächennutzungsplan haben wir mit Einzelvorlagen entweder schon vollzogen oder werden diese Ausweisungen noch vornehmen.

Dem Vorschlag, bestehende Gewerbegebiete in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen, kann ich im Sinne guter Wohnqualität nicht zustimmen, da die für Gewerbegebiete ausgewiesenen Flächen ganz überwiegend von den äußeren Bedingungen her (z.B. Lärmemissionen) zum Wohnen nicht geeignet sind.

**Wie wollen Sie die Senkung bzw. Abschaffung der Kita-Gebühren finanzieren?**

Der HuFA empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung festzulegen, dass die Gegenfinanzierung durch Einsparungen erfolgt, die im Haushaltsplan 2006 dargestellt werden,

**Ist es Ihr Ziel weitere Bereiche der Stadtverwaltung umzugründen und wenn ja welche?**

Mein vorrangiges Ziel ist es, bestehende Beschäftigungsverhältnisse zwischen der Stadt Rüsselsheim, ihren Betrieben und Unternehmen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sichern. Trotz der notwendigen Konsolidierung verfolge ich daher die Linie, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen und den Besitzstand der Beschäftigten nicht zu verändern.

Organisationsänderungen und Umgründungen schließe ich gleichwohl nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn äußere Entwicklungen wie z. B. Veränderungen in der Krankenhauslandschaft oder Liberalisierungsvorgaben der EU im Bereich der Versorgung von außen auf uns einwirken. Das Beispiel des Stadtkrankenhauses Rüsselsheim, wie aber auch das der Städtischen Betriebshöfe zeigen, dass dabei Strukturen und organisatorische Veränderungen gute Entscheidungen waren, die sowohl für die Qualität der Dienstleistung wie auch für die Beschäftigten positive Effekte haben.

### **Wo sehen Sie die Chance, bei der Stadt selbst neue Arbeitsplätze zu schaffen?**

Die derzeitige finanzielle Situation der Stadt Rüsselsheim und die rigide Deckelung der Personalkosten durch den Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde lässt keine Chance, bei der Stadt neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

### **Seit über 10 Jahren ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels in Rüsselsheim ungelöst. Welche Initiativen planen Sie, damit alle Jugendlichen, die dies wollen eine Berufsausbildung erhalten?**

Die Stadt Rüsselsheim bildet trotz der schwierigen Finanzsituation über den eigenen Bedarf aus. Wir haben derzeit bei der Stadtverwaltung und ihren Eigenbetrieben 53 Auszubildende. Bei den städtischen Unternehmen (ambulantes Pflorgeteam, Krankenhaus Stadtwerke, Gewobau) gibt es weitere 70 Auszubildende.

Die Ausbildungsinitiative der Stadt mit der Pflege eines Kooperationsnetzes, einer Berufswegeplanung an Sekundarstufe-1-Schulen und mit der Beratung benachteiligter Jugendlicher ist vorbildlich. Außerdem hat die Stadt die Existenzsicherung des "Ausbildungsverbundes Metall" (AVM) mit derzeit 56 Ausbildungsplätzen durch veränderte gesellschaftsrechtliche und finanzielle Grundlagen unterstützt. Ich werde auch in meiner nächsten Amtszeit diese Initiativen fortsetzen.

### **Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig zu verbessern? Wie schätzen Sie die Politik Ihrer Partei im Hinblick auf eine Gemeindefinanzreform ein?**

Die bisherigen Ansätze zu einer nachhaltigen Gemeindefinanzreform waren nicht ausreichend und sind zudem im politischen Streit zwischen der amtierenden Bundesregierung und den unionsregierten Ländern im Bundesrat verwässert worden.

Ich setze mich deshalb sowohl in überregionalen politischen Gremien wie dem Deutschen und Hessischen Städtetag wie auch innerhalb meiner eigenen Partei für eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzen ein. Dazu gehört auch, dass die Gewerbesteuer als ein örtlich bestimmbares und steuerbares Instrument für die Einnahmeseite der Städte erhalten bleiben muss.

### **Was halten Sie von der Idee, einer dieser Städte Tunceli (Dersim) oder Nador zur Partnerstadt Rüsselsheims zu machen? Würden Sie sich dafür einsetzen?**

Ich plädiere nicht dafür, über die bestehenden Verbindungen mit Evreux, Rugby, Varkaus und Kecskemet weitere Städtepartnerschaften einzugehen.

**\* \* \* \* \* Antwort von Pasquale Aita \* \* \* \* \***

Offene Antwort

Sehr geehrte Damen und Herren von Verdi

und der Liste Solidarität,

ich möchte Ihre Anfragen und Prüfsteine folgendermaßen beantworten:

Ich möchte meine Enttäuschung nicht darüber verhehlen,

daß ich von Ihnen mehr erwartet hätte, als spontane Forderungen, sondern konkrete

Konzeptionen zur Umsetzung. Davon bin ich fest überzeugt, kann v.a. eine Grossorganisation

wie Verdi leisten. Paradox erscheint mir jedoch der Prüfstein Verhinderung von 1-Euro-Jobs,

da die Gewerkschaft gerade die Hartz-Gesetze mit

abgesegnet hat. An die Liste Solidarität gerichtet, möchte ich noch hinzufügen, daß ich die

Rolle Walter Flex' in der Deutschen Geschichte äußerst kritisch sehe; doch möchte ich auch

auf die zerstörerische

Wirkung der kommunistischen Kräfte auf die Weimarer Republik hinweisen, die vor

Kundgebungen mit der NSDAP nicht scheuten.

Hochachtungsvoll Pasquale Aita

**\* \* \* \* Fragen Liste Solidarität - Antworten Stefan Gielowski \* \* \* \***

**Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Abfederung der auch in Rüsselsheim zunehmenden Armut und insbesondere der Kinderarmut vor?**

Arbeitsplätze sind die wesentliche Voraussetzung für die materielle Grundversorgung einer jeden Familie und eines Jeden Einzelnen. Einer meiner zentralen Arbeitsschwerpunkte ist die Wirtschaftsförderung sowie der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wichtige flankierende Maßnahme für die Berufstätigkeit von Eltern sind die Betreuungsangebote in den Schulen, die eine starke Unterstützung für alle Kinder und Eltern bedeuten. Seit meinem Amtsantritt im Jahr 2000 hat sich die Kapazität des städtischen Betreuungsangebotes außerhalb der Unterrichtszeit von 700 Kinder auf über 1200 Kinder im Frühjahr 2006 erhöht und wird nach meiner Planung zukünftig noch weiter ausgebaut.

Die Einrichtung von Angeboten wie Schulsozialarbeit, Ganztags- und Betreuungsschulen und eine enge Verzahnung von Jugendhilfe, Kindertagesstätten, außerschulischen Bildungsträgern und Schule soll möglichst frühzeitig sicherstellen, dass die Teilnahme an Bildung und Erziehung und die Erlangung eines Schulabschlusses gewährleistet ist.

**Wie stehen Sie zum Vorschlag der Liste Solidarität, als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen um die finanzielle Lage Rüsselsheims zu verbessern.**

Weitere Wohnbauflächen binden Einwohner an unsere Stadt, Dies gilt sowohl für die, die hier schon wohnen und sich verändern wollen. Dies gilt aber auch für die, die wir als Neubürger gewinnen wollen. Dies stärkt die Finanz- und Kaufkraft in Rüsselsheim. Gewerbeflächen und angesiedelte Unternehmen sichern oder ergänzen Beschäftigung in Rüsselsheim und tragen ebenfalls zu einer Stärkung der städtischen Finanzkraft bei. Deshalb benötigen wir sowohl Flächen für Gewerbegebiete als auch Flächen für Wohnbebauung,

Der Bedarf für eine künftige Wohnbebauung wurde in der Studie "Wohnen 2015" nachgewiesen. Die notwendigen Änderungsvorschläge zum Flächennutzungsplan haben wir mit Einzelvorlagen entweder schon vollzogen oder werden diese Ausweisungen noch vornehmen.

Dem Vorschlag, bestehende Gewerbegebiete in Flächen für Wohnbebauung umzuwidmen, kann ich im Sinne guter Wohnqualität nicht zustimmen, da die für Gewerbegebiete ausgewiesenen Flächen ganz überwiegend von den äußeren Bedingungen her (z.B. Lärmemissionen) zum Wohnen nicht geeignet sind.

**Wie wollen Sie die Senkung bzw. Abschaffung der Kita-Gebühren finanzieren?**

Der HuFA empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung festzulegen, dass die Gegenfinanzierung durch Einsparungen erfolgt, die im Haushaltsplan 2006 dargestellt werden,

**Ist es Ihr Ziel weitere Bereiche der Stadtverwaltung umzugründen und wenn ja welche?**

Mein vorrangiges Ziel ist es, bestehende Beschäftigungsverhältnisse zwischen der Stadt Rüsselsheim, ihren Betrieben und Unternehmen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sichern. Trotz der notwendigen Konsolidierung verfolge ich daher die Linie, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen und den Besitzstand der Beschäftigten nicht zu verändern.

Organisationsänderungen und Umgründungen schließe ich gleichwohl nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn äußere Entwicklungen wie z. B. Veränderungen in der Krankenhauslandschaft oder Liberalisierungsvorgaben der EU im Bereich der Versorgung von außen auf uns einwirken. Das Beispiel des Stadtkrankenhauses Rüsselsheim, wie aber auch das der Städtischen Betriebshöfe zeigen, dass dabei Strukturen und organisatorische Veränderungen gute Entscheidungen waren, die sowohl für die Qualität der Dienstleistung wie auch für die Beschäftigten positive Effekte haben.

**Wo sehen Sie die Chance, bei der Stadt selbst neue Arbeitsplätze zu schaffen?**

Die derzeitige finanzielle Situation der Stadt Rüsselsheim und die rigide Deckelung der Personalkosten durch den Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde lässt keine Chance, bei der Stadt neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

**Seit über 10 Jahren ist das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels in Rüsselsheim ungelöst. Welche Initiativen planen Sie, damit alle Jugendlichen, die dies wollen eine Berufsausbildung erhalten?**

Die Stadt Rüsselsheim bildet trotz der schwierigen Finanzsituation über den eigenen Bedarf aus. Wir haben derzeit bei der Stadtverwaltung und ihren Eigenbetrieben 53 Auszubildende. Bei den städtischen Unternehmen (ambulantes Pflorgeteam, Krankenhaus Stadtwerke, Gewobau) gibt es weitere 70 Auszubildende.

Die Ausbildungsinitiative der Stadt mit der Pflege eines Kooperationsnetzes, einer Berufswegeplanung an Sekundarstufe-1-Schulen und mit der Beratung benachteiligter Jugendlicher ist vorbildlich. Außerdem hat die Stadt die Existenzsicherung des "Ausbildungsverbundes Metall" (AVM) mit derzeit 56 Ausbildungsplätzen durch veränderte gesellschaftsrechtliche und finanzielle Grundlagen unterstützt. Ich werde auch in meiner nächsten Amtszeit diese Initiativen fortsetzen.

**Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig zu verbessern? Wie schätzen Sie die Politik Ihrer Partei im Hinblick auf eine Gemeindefinanzreform ein?**

Die bisherigen Ansätze zu einer nachhaltigen Gemeindefinanzreform waren nicht ausreichend und sind zudem im politischen Streit zwischen der amtierenden Bundesregierung und den unionsregierten Ländern im Bundesrat verwässert worden.

Ich setze mich deshalb sowohl in überregionalen politischen Gremien wie dem Deutschen und Hessischen Städtetag wie auch innerhalb meiner eigenen Partei für eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzen ein. Dazu gehört auch, dass die Gewerbesteuer als ein örtlich bestimmbares und steuerbares Instrument für die Einnahmeseite der Städte erhalten bleiben muss.

**Was halten Sie von der Idee, einer dieser Städte Tunceli (Dersim) oder Nador zur Partnerstadt Rüsselsheims zu machen? Würden Sie sich dafür einsetzen?**

Ich plädiere nicht dafür, über die bestehenden Verbindungen mit Evreux, Rugby, Varkaus und Kecskemet weitere Städtepartnerschaften einzugehen.